

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

ZEITSCHRIFT DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



## Niemals vergessen!

**Im Gespräch mit „Der sozialdemokratische Kämpfer“ nimmt Bundeskanzler Viktor Klima Stellung zur Chancengesellschaft, zu Faschismus, Neutralität und zum 60. Jahrestag des Ausbruchs des 2. Weltkrieg.**

**Der Sozialdemokratische Kämpfer:** Herr Bundeskanzler, die Nationalratswahl steht vor der Tür, sie treten erstmals an der Spitze der SPÖ an. Was unterscheidet die SPÖ von den anderen Parteien?

Klima: Die SPÖ hat ein klares Programm, und das klare Ziel der Sozialdemokratie sind Reformen mit sozialer Verantwortung. Ich will in Österreich die Chancengesellschaft realisieren. Ich setze mich für faire Chancen für jene ein, die schlechtere Bedingungen vorfinden. Zum Unterschied anderer Parteien wollen wir, dass die Chancen für Junge, für Frauen, für ältere Arbeitnehmer wie für ältere Menschen insgesamt verbessert werden. Es darf auch keineswegs zu einer Zwei-Klassen-Medizin kommen, bei der Menschen mit Geld die beste Versorgung erhalten, während Menschen ohne Geld gerade noch die nötigsten Behandlungen bekommen. Und wir haben mit der Trendwende am Arbeitsmarkt bewiesen, dass Politik Arbeitslosigkeit nicht einfach hinnehmen muss, wie von VP und FP behauptet, sondern dass Politik sehr wohl die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung schaffen kann.

Herr Bundeskanzler, vor 60 Jahren

brach der 2. Weltkrieg aus, spielt die Erinnerung an die Greuel des Faschismus und des Nationalsozialismus noch eine Rolle in der Sozialdemokratie?

Selbstverständlich. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, immer dafür zu kämpfen, dass die Menschen nicht

aus Hoffnungslosigkeit auf die Vereinfacher und Aufhetzer hören. Die Erinnerung an den 2. Weltkrieg, an den Faschismus und Nationalsozialismus, das dunkelste Kapitel in der

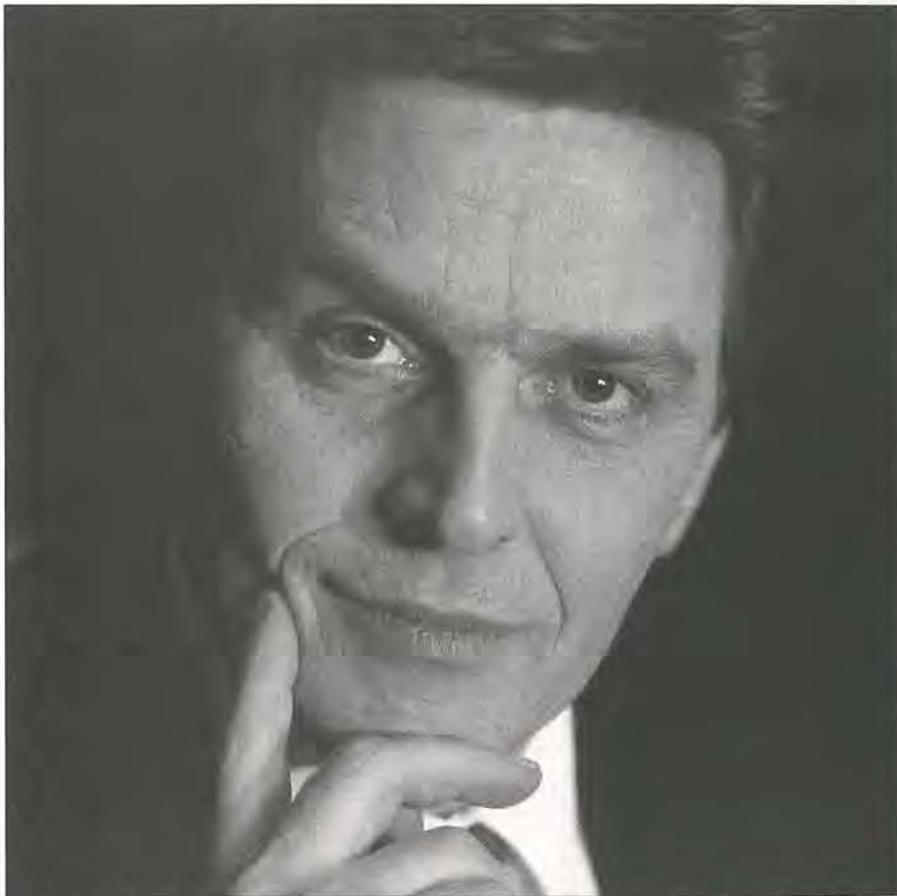
österreichischen und europäischen Geschichte, ist für uns kein Ritual, es ist die Verbeugung vor den Opfern, eine Mahnung an die Lebenden und eine Aufforderung an die Sozialdemokratie, immer für die Würde der Menschen, für die Freiheit und für die Demokratie einzutreten. Wir

menschlichkeit, das Bewußtmachen, die offene, ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist und bleibt eine moralische Verpflichtung.

*Die Neutralität bedeutet viel für Österreich. Wird die SPÖ auch weiterhin für die Beibehaltung der Neutralität eintreten, oder ist ein Beitritt zu einem Militärpakt vorstellbar?*

Die SPÖ ist die einzige Partei, die eindeutig für die Beibehaltung der Neutralität eintritt. Für uns ist das keineswegs ein Wahlkampfthema, sondern eine Frage der Grundhaltung. Der Beitritt zu einem Militärpakt kommt für die SPÖ daher nicht in Frage. Betrachtet man die Programme und Beschlüsse der ÖVP und der FPÖ, wird ganz klar, dass nur die Sozialdemokratie die Neutralität sichern kann. Sie haben sich eindeutig von der Neutralität verabschiedet und würden lieber heute als morgen der NATO beitreten. Sie diffamieren die Neutralität als ein Überbleibsel der Geschichte. Ruft man sich die wichtige

Rolle der Neutralen beim jüngsten Kosovo-Konflikt in Erinnerung, dann wird schnell klar, dass wir Neutrale in der Sicherheitspolitik nach wie vor eine sehr wichtige Rolle spielen. ■



**Für offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit: Viktor Klima**

dürfen die Greuel des Nationalsozialismus niemals vergessen. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind niemals wieder gutzumachen, aber das Aufspüren der Wurzeln der Un-

# Statistik des Grauens

206.000 jüdische Bürger lebten am 13. März 1938 in Österreich. Sieben Jahre später, am 1. Jänner 1945, waren es nur noch 5.512. Diese erschütternden Zahlen, die das ganze Ausmaß des Hitler'schen Wahns der Judenvertreibung und Judenvernichtung – nur für ein einziges Land – umreißen, sind nur zwei von vielen, die in einer nun veröffentlichten Dokumentation über die „Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1935-1945“ von Jonny Moser enthalten sind.

Der Autor bringt in seiner Untersuchung zahlreiche statistische Details. So gelang 130.742 österreichischen Juden die Auswanderung; ein Teil von ihnen fiel den Nazis allerdings in ihren Zufluchtsländern in die Hände. Die ersten Deportationen von im Land verbliebenen Juden begannen bereits im Oktober 1939 und führten in die in Polen errichteten Ghettos, aber auch noch am 19. März 1945 ging ein Transport nach Theresienstadt in Böhmen. Den Höhepunkt erreichte die Absiedlung der Juden aus Wien 1941/42, als die Zahl der Glaubensjuden von 51.259 auf 3.044 sank. Teils ging die Fahrt nach Theresienstadt, teils direkt in die Vernichtungslager. In den vorliegenden Statistiken scheinen insgesamt 48.389 aus Österreich deportierte Juden auf, um 14.272 Per-

sonen nahm die Zahl der jüdischen Österreicher durch Geburtenverlust ab, 4.940 gebürtige Christen (zumeist Ehefrauen von Juden) traten aus der Kultusgemeinde aus, 1.910 wurden in Konzentrationslager eingewiesen, 363 fielen den Euthanasiemorden zum Opfer.

Die detaillierten Statistiken des Grauens war besonders deshalb schwierig zu erstellen, weil exakte Zahlen nur von der Kultusgemeinde vorlagen, die aber lediglich ihre Angehörigen verzeichnete. Für die Nazis aber waren entsprechend den „Nürnberger Gesetzen“ auch zahlreiche Personen aufgrund ihrer Abstammung „Volljuden“, obwohl sie einer anderen oder keiner Religionsgemeinschaft angehörten; auch für „Mischlinge“ gab es genaue Differenzierungen, wer als Jude zu gelten hatte und wer nicht. So mußte der Autor Interpolationen und Schätzungen vornehmen, wobei anzunehmen ist, daß die Globalzahlen insgesamt eher zu gering als zu hoch gegriffen sind.

Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938-1945, DÖW, Wien 1999. ■

**Redaktionsschluß  
dieser Ausgabe:  
31. August 1999**

# Geld und Gerechtigkeit

Die Berichte und Debatten über Raubkonten, Raubkunst und Zwangsarbeit haben auch unter Juden zu verschiedenen Positionen geführt. Leon Zelman, der Leiter des Jewish Welcome Service, der, selbst Überlebender des Holocaust, in diesem seine gesamte Familie verloren hat, schrieb darüber im „Standard“ u.a.: „Was mich im Zusammenhang mit der Diskussion um Entschädigungsforderungen besonders verbittert, ist die Tatsache, dass so manche Angehörige der jungen jüdischen Generation glauben,



Leon Zelman im „Standard“ vom 13.8.1999

die Holocaust-Generation habe nicht den Mut gehabt, diese Forderungen zu stellen. Das ist nicht wahr. Diese jungen Leute vergessen, dass es sehr viel Mut gebraucht hat, um nach dem Überleben Familien zu gründen, Kinder in die Welt zu setzen und den Neuaufbau zu wagen. Wir waren völlig auf uns gestellt. Hier geht es wahrlich nicht um Gerechtigkeit. Man kann Gerechtigkeit nicht mit Geld aufwiegen. Und man kann das unglaubliche Leid von sechs Millionen Juden nicht mit Geld rück-

gängig machen. Vielmehr wahr ist, daß tüchtige Anwälte glauben, ein Geschäft mit dem Holocaust machen zu können und sich anmaßen, im Namen der Holocaust-Opfer 'Gerechtigkeit' zu erstreiten. Diese ständige

Diskussion um Bankkonten, Gold und Kunstwerke birgt auch eine andere Gefahr in sich. In der Öffentlichkeit muß der Eindruck entstehen, dass alle Juden vermögend waren. Es entsteht ein Bild von Juden, die beraubt und ermordet wurden, weil sie reich waren.

Das ist der blanke Hohn. Wahr ist, dass die meisten Juden nicht vermögend waren, dass die Nazis aber nicht davor zurückschreckten, den Juden noch vor ihrem Gang ins Krematorium alles zu nehmen, was sie hatten....

Es bleibt unbestritten: Was geraubt wurde, muß an die Opfer bzw. ihre Erben zurückerstattet werden. Opferfonds sind eine wichtige Geste und können ein wenig Genugtuung verschaffen. Wesentlich für die Zukunft ist eine detaillierte, schonungslose Aufklärung über das Geschehene". ■

Der Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs hat eine neue Anlaufstelle für jüdische Opfer des Nationalsozialismus und deren Angehörige eingerichtet. Ziel ist es, Daten über Raub und Enteignung zu sammeln und zu prüfen sowie als Vertretung der Opfer zu agieren; jedoch Prozesse führen oder eine Rechtsvertretung sein soll die Anlaufstelle nicht. Sie ist als Ergänzung zur Arbeit der Historiker-

kommission gedacht und wird mit dieser eng zusammenarbeiten.

Präsident Ariel Muzicant bei der Vorstellung des Projekts. Es gehe

## Anlaufstelle für jüdische Opfer

„Heute haben wir die letzte Chance, der Wahrheit zu helfen und Gerechtigkeit walten zu lassen“, sagte

nicht um Wiedergutmachung oder Gesten, sondern um die Rückgabe von Vermögen. Es gehe um den

kleinen Händler, um den kleinen Tischler. Das, was die Juden in Österreich besessen hätten, sei nicht verschwunden: „Das hat sich dann wer angeeignet“.

Die Anlaufstelle (1010 Wien, Desider Friedmann-Platz 1, Tel. 01/53104-46, Fax DW 30) wird jeweils Montag bis Donnerstag von 9 bis 12 Uhr Sprechstunden abhalten. Mitglieder unseres Bundes können ihre Daten bzw. Ansprüche auch in unserem Sekretariat deponieren. ■



Helene Potetz

Otto Probst



Karl Honay

Roman Felleis



Robert Uhlir

Fini Muhr



Foto: Archiv für Geschichte der Arbeiterbewegung

# Die Verhaftungswelle 1939

Am 24. August 1939 sandte die Wiener Gestapo an die Berliner Zentrale das nachstehende Telegramm: „Betrifft: Sonderaktion gegen führende Kommunisten und Revolutionäre Sozialisten am 22.8.39 in Wien und Wiener Neustadt. Teils durch den Nachrichtendienst, teils auch durch die in den letzten Wochen und Monaten durchgeführten unauffälligen Überwachungen und Ermittlungen wurde eine größere Zahl aktiv tätiger Kommunisten und Revolutionärer Sozialisten festgestellt. Im Hinblick auf die gerade in der letzten Zeit wahrnehmbare erhöhte Aktivität

namentlich der Kommunisten erschien es geboten, gegen die bisher festgestellten illegalen Organisationssteile einzuschreiten und weitere Tätigkeit derselben durch Festnahme ihrer Träger zu unterbinden. Es wurde daher in den Morgenstunden des 22. August 1939 in Wien sowie auch in Wr. Neustadt die auf die eingangs angegebene Weise festgestellten Kommunisten und Marxisten festgenommen, zugleich wurden deren Wohnräume einer eingehenden Durchsuchung unterzogen.“ Auch in Graz fand eine Gestapo-Schlag – gegen den Kommunistischen Jugendverband – statt. Bei den Aktio-

nen wurden 67 Kommunisten und 47 Revolutionäre Sozialisten verhaftet. Am 3. September wurden dann in einem Bericht über die Aktion vom 22. August etliche der festgenommenen Revolutionären Sozialisten namentlich aufgezählt. Die Liste nennt mit Franz Pfannenstiel als Nr. 1 weiter Robert Uhlir, Helene Potetz, Franz Gamsjäger, Roman Felleis, Friedrich Löwy, Otto Skritek, August Fürst, Dr. Franz Buchta, Karl Maisel, Otto Schmiedek, Emmerich Wenger, Robert Dubovsky, Hans Gmeiner, Josef Naafe, Franz Ansorge, Alfred Warga, Franz Heigelmayer, Andreas Liberda, Felix

Hockauf, Karl Prinz, Maximilian Vozihnoj, Josef Pfaler, Otto Probst, Heinrich Hackenberg, Karl Flötel, Karl Kleeberg, Alfred Drechsler, Franz Rauscher, August Bergmann, Johann Pokorny, Franz Koci, Anton Tesarek, Otto Horn, Rudolfine Muhr, Friedrich Pollak, Karl Honay und Robert Pipelka.

Bei den Hausdurchsuchungen wurden vor allem marxistische Literatur und Vervielfältigungsapparate beschlagnahmt. Auf die meisten der Festgenommenen wartete eine lange Haftzeit, einige – wie Franz Pfannenstiel – wurden danach in die Strafkompagnie der Wehrmacht überstellt. ■

## Bilanz der Ära Kreisky

Das wissenschaftliche und politische Interesse an Person und Werk von Bruno Kreisky ist eher im Zunehmen; immer wieder erscheinen Publikationen darüber.

Der Politologe und Berufsschullehrer Gerhard Schmid legte eine umfassende Darstellung der „Ära Kreisky“ vor, der Nationalratspräsident Heinz Fischer in seinem

Vorwort persönliches Engagement und Genauigkeit in der Bearbeitung des umfangreichen Stoffes attestiert. Das Buch beginnt mit einer biografischen Skizze des Weges des großen Sozialdemokraten.

Der Hauptteil ist den Jahren 1970-1983 gewidmet, den Jahren der größten politischen Erfolge der Sozialdemokratie in Österreich. Innenpolitisch zeigte der Reformkanzler schon damals eine Art „Dritten Weg“: er sprach von einer Durchflutung aller Bereiche mit Demokratie, ohne dabei den sozialen Auftrag seiner Partei zu vernachlässigen. Ebenso waren es Jahre, in denen die imponierende Persönlichkeit Kreiskys, insbesondere sein wegweisender Einsatz in der Nahostpolitik, der Stellung Österreichs auch in der Weltpoli-

tik einen vielbeachteten Rang verschaffte. Die Darstellung Schmidts belegt, daß auch Kreisky nicht frei von Irrtümern und Fehlern war. Aber, so das Resümee des Autors „Es war eine Zeit des Aufbruchs in Österreich und von Österreich aus, die viel zu einem neuen geistigen und offenen Klima der Liberalität, Humanität und Weltoffenheit beigetragen hat. Dies ist nicht mehr umkehrbar.“

Gerhard Schmid, Österreich im Aufbruch. Studien Verlag, Innsbruck-Wien 1999. ■



Foto: VWZ, Archiv



Foto: Netzl

Hans Bonkas (rechts) im Gespräch mit dem Autor

## Wehrmachtsdeserteure werden rehabilitiert

Der Nationalrat faßte am 13. Juli einen Beschluß, mit dem Deserteure der NS-Wehrmacht rehabilitiert werden sollen. Die Entschliessung, gegen die nur die FPÖ stimmte, ging auf eine Initiative der Grünen zurück. Mit ihr wird die Regierung ersucht, ehestmöglich eine historische Aufarbeitung der Verurteilungen von Österreichern durch die NS-Militärgerichtsbarkeit zu veranlassen. Nach Vorliegen der Forschungsergebnisse soll dafür gesorgt werden, daß Gerichtsbeschlüsse im Sinne des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes von 1945 herbeigeführt werden – also das Gericht von Amts wegen oder auf Antrag feststellt, daß eine Verurteilung wegen einer gegen die NS-Herrschaft gerichteten Handlung als nicht erfolgt gilt. Die FPÖ lehnte die Entschliessung ab, weil sie darin eine Pauschalverurteilung der gesamten Soldaten der Wehrmacht sieht. ÖVP und SPÖ unterstrichen hingegen, der Beschluß bedeute keine Diskriminierung jener Soldaten, die nicht desertiert seien und glaubten, bis zum Schluß ihre Pflicht – oder was sie dafür hielten – erfüllen zu müssen. Deserteure freilich mußten im Krieg brutale Repressalien erdulden, Tausende wurden hingerichtet. Das Umdenken in dieser Frage fiel

auch vielen Österreichern schwer. Deserteure blieben oft auch in der Nachkriegszeit im gesellschaftlichen Leben eine als „Vaterlandsverräter“ oder Drückeberger und Feiglinge stigmatisierte Gruppe. Die FPÖ hält offenbar an dieser Einstellung fest, denn Abgeordneter Ofner erklärte im Parlament, daß es in keinem Land angesehen sei, als Deserteur zu sterben, und Holger Bauer meinte, man wolle wohl vermitteln, es sei schick und o.k., Deserteur oder Saboteur zu sein. Demgegenüber stellte Justizminister Michalek fest, österreichische Deserteure der großdeutschen Wehrmacht seien aus einer fremden Armee desertiert und dadurch im nachhinein rechtlich bestätigt worden. SPÖ-Abgeordneter Heinzl betonte, mit der Entschliessung sei ein wichtiger symbolischer Schritt getan. Es werde klargestellt, daß jene Personen, die sich dem Nazi-Verbrecherregime entzogen haben, nicht selbst als Verbrecher behandelt werden dürfen. Laut einer „profil“-Umfrage sprachen sich 48 Prozent der Österreicher für die Rehabilitierung der Deserteure aus, dagegen waren 19 Prozent, 33 Prozent wollten keine Angabe machen. Besonders hoch war mit 57 Prozent die Zustimmung bei den 15- bis 29jährigen. ■

## „Reichsbanner“ – gestern und heute

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war die von Sozialdemokraten gegründete Wehrorganisation in der Weimarer Republik. Es setzte sich die Verteidigung der Republik und ihrer Verfassungsordnung, im besonderen den Saalschutz demokratischer Veranstaltungen, zum Ziel. 1932 zählte es fast 3,5 Millionen (ausschließlich männliche) Mitglieder und war damit die größte antifaschistische Massenorganisation Deutschlands. In den Auseinandersetzungen im Kampf um die Republik fielen bis 1933 64 Reichsbanner-Leute, zumeist von Nazis erschossen. Die Organisation wurde 1933 verboten, als Vereinigung im Rahmen der Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände ist sie wiedererstanden.



In einem Gespräch in Frankfurt am Main berichtete Hans Bonkas, der 78jährige Bundesvorsitzende des Reichsbanners, über die Aktivitäten dieser traditionsreichen antifaschistischen – und von der Gründung her überparteilichen – Organisation. Schon bei seiner Gründung 1924 in Magdeburg richtete es sich an die Mitglieder der demokratischen, die Weimarer Republik bejahenden Parteien SPD, DDP und Zentrum. Heute gibt es ein Naheverhältnis zur SPD, dieses ist allerdings nicht so eng wie das Verhältnis unseres Bundes zur SPÖ. Landesverbände bestehen in Hamburg, Bremen und Berlin (hier „Freiheitsbund Berlin“). Es gibt eine sehr gute Gesprächsbasis zu Bundespräsident Johannes Rau, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Hans Jochen Vogel und anderen führenden Genos-

sen. Zielsetzungen des Reichsbanners sind: Kampf gegen das Vergessen, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Gewinnung der Jugend für diese Ziele. Nach 1945, so Hans Bonkas, wurde von den CDU-Regierungen im Westen und vom SED-Regime im Osten der sozialdemokratische Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor und nach 1933 beharrlich verschwiegen und verleugnet. 1933 ging die gesamte Reichsbanner-Führung in die Emigration. In der Nazizeit zählten ehemalige RB-Funktionäre zu den Hauptfeinden des Regimes und wurden dement-

sprechend verfolgt. In den 50er und 60er Jahren war das Reichsbanner in aufklärerischer Hinsicht noch sehr aktiv, durch das Schwinden der Zahl der Zeit-

zeugen wurde diese Tätigkeit allerdings immer schwieriger. Auch gibt es nicht so viele jüngere Mitglieder wie in unserem Bund. Noch heute werden allerdings in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Seminare zur jüngeren deutschen Geschichte und damit zusammenhängenden Themen für Jugendliche und andere Interessierte abgehalten.

Zum 75. Jahrestag der Gründung des Reichsbanners wurde im Frühjahr 1999 in Magdeburg eine interessante Ausstellung über die frühen Jahre der Organisation gezeigt. Ihre Besichtigung führte zur Kontaktaufnahme des Autors mit Genossen Borkas. Er würde einen intensiveren Gedankenaustausch mit der Führung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer sehr begrüßen. ■

Gerald Netzl



Leo Mistingher (sitzend), neben ihm Albert Schwägerl, Alfred Stöer und Edith Krisch

## Mit Leo Mistingher in Flossenbürg

Ende Juni besuchte unser Ehrenvorsitzender Leo Mistingher zum dritten Mal das ehemalige Konzentrationslager Flossenbürg in der bayerischen Oberpfalz, in dem er rund zwei Jahre, bis Kriegsende, inhaftiert war. Diesmal begleiteten ihn Bundesvorsitzender Alfred Ströer und die Bundessekretärin Edith Krisch. Anlaß war die Eröffnung eines Studien- und Dokumentationszentrums; außer Leo Mistingher nahmen 37 weitere Überlebende aus 14 Nationen an der Eröffnung dieser Gedenkstätte Flossenbürg teil.

Im 1938 errichteten KZ Flossenbürg und den mehr als hundert Außenlagern waren bis zur Befreiung am 23. April 1945 rund 100.000 Menschen inhaftiert. Entscheidend war, ähnlich wie beim KZ Mauthausen, das naheliegende Steinbruchgelände mit großen Granitvorkommen. In der zweiten Kriegshälfte arbeiteten die Häftlinge in den Außenlagern vor allem für die Rüstungsindustrie. Gegen Kriegsende wurden die Lager evakuiert; auf Todesmärschen fanden rund 30.000 Häftlinge den Tod. Nach der Befreiung wurden im Lager ehemalige Kriegsgefangene aus Ost- und Südosteuropa vorübergehend untergebracht. Dann diente es als Flüchtlingslager, und im ehemaligen Kommandanturgebäude wurden Sozialwohnungen eingerichtet. Die Häftlingsbaracken wurden ab-

gerissen, und auf den Fundamenten wurden Wohnhäuser errichtet. Im Jahr 1964 bestand die Absicht, das Lagergefängnis abzureißen. Gegen



Stiegler und Ströer beim Mahnmal

diese Pläne protestierten jedoch Überlebende des Nazi-Terrors, Kirchenvertreter und örtliche Bürgerinitiativen. Sie alle setzten sich für die Aufarbeitung des Geschehens ein. Bis weit in die 80er-Jahre war die Grab- und Gedenkstätte nur wenig bekannt. Seit 1991 ist das Kultusministerium des Freistaats Bayern für sie zuständig. Am 25. Juni 1999 eröffnete die Ministerin für Unterricht und Kultus, Monika Hohlmeier, in der ehemaligen Kommandatur das neue Studien- und Dokumentationszentrum. Damit, so die Ministerin, würden nicht nur verbesserte Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, „sondern es wird auch eine

neue Phase in der Geschichte der Gedenkstätte Flossenbürg eingeleitet.“ Leo Mistingher und seine Begleitung waren am 26. Juni Gäste des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzenden der SPD-Landesgruppe Bayern, Ludwig Stiegler. Bei der vom SPD-Ortsverein Flossenbürg gestalteten Gedenkfeier gedachten sie, gemeinsam mit Vertretern der SPD und der Juso-, Landes- und Bezirksverbände, der Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Weiden, Gabi Brenner, dem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Rainer Ehm, dem Ortsvorsitzenden der SPD Peter Gruber sowie dem Landtagsabgeordneten Fritz Möstl der Opfer des NS-Regimes. Stiegler und andere Redner, unter ihnen Alfred Ströer, betonten, es sei eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokraten, „daß sich so etwas nicht wiederholt.“ Leo Mistingher, im KZ Häftling Nummer 12824, bat eindringlich, mitzuhelfen, daß die Jugend nie mehr „eine so elende Zeit“ erleben müssen.

Im Garten von Albert Schwägerl vom SPD-Ortsverein, der die Österreicher herzlich aufgenommen hatte, sagte der 95jährige Leo Mistingher: „Ich freu' mich, daß ich Flossenbürg auch so erleben kann...“ ■

Edith Krisch

## ÖGB-Jugend gegen Rechtsextremismus

Der 26. Jugendkongress des ÖGB nahm einen Antrag an, der an den auch heute notwendigen Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus erinnert. Der Jugendkongress fordert darin unter anderem ein entschlossenes Auftreten aller politischen Funktionäre gegen alle Aktivitäten rechtsextremer (faschistischer und antisemitischer) Gruppen und Personen, den Verlust der parlamentarischen Immunität von Politikern, die rechtsextremes Gedankengut verbreiten, strenge Überwachung des Verbots von rechtsextremen Medienspielen und Einführung von Projektgruppen an den Schulen, die sich mit dieser Thematik befassen. Gegen Lehrbeauftragte, die im Unterricht rechtsextremes Gedankengut oder Ausländerfeindlichkeit propagieren, soll streng vorgegangen werden. ■

### Heinz Fischer Präsident des VGA

Der Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) mit Sitz im alten Vorwärts-Haus, Rechte Wienzeile 97, wählte auf seiner letzten Generalversammlung Nationalratspräsident Dr. Heinz Fischer zu seinem neuen Präsidenten. Er tritt damit die Nachfolge von Abgeordneten a.D. Professor Fritz Marsch an. Dieser wurde auf Vorschlag von Leo Mistingher zum Ehrenpräsidenten gewählt. Zu neuen stellvertretenden Präsidenten wurden Bundesrätin Anneliese Haselbach und Abgeordneter a.D. Alfred Ströer gewählt. Der VGA wurde 1959 gegründet. Sein Geschäftsführer ist Dr. Wolfgang Maderthaner. ■

### Buchenwald

Der Landesverband Wien veranstaltet von 22. bis 26. Oktober eine Studienfahrt zu den Gedenkstätten in den ehemaligen Konzentrationslagern Buchenwald und Mittelbau Dora. Auch ein Besuch der Ausstellung "Kunst und Diktatur" in Weimar ist im Programm eingeschlossen. Auskünfte und Anmeldungen im Sekretariat,



Foto: Geschichte Polens, Warschau 1937

**Hinrichtung von Zivilpersonen durch Wehrmachtsglieder in Tomaszow**

## 1939: Aufruf im „Kampf“

Der in Paris erscheinende, von Otto Bauer gegründete „Sozialistische Kampf“ brachte am 9. September 1939 unter dem Titel „Höret die Wahrheit“ einen „Aufruf der österreichischen Sozialisten an das deutsche und österreichische Volk“. In diesem hieß es, an „Arbeiter, Bauern und Bürger! Sozialisten“ gewendet unter anderem:

„Der nationale Taumel, von Deutschland aus die Welt verpestend, hat sein Endziel erreicht: den Krieg mit allen seinen Schrecken! Wir haben gewarnt, wir sind für unsere Überzeugung ins Gefängnis gegangen, viele von uns mussten ins Ausland fliehen, viele deutsche Sozialisten gaben ihr Leben hin....Jetzt, da alle leichtsinnigen Vorstellungen an der grausigen Wirklichkeit zerschellen, da für die Front und

für das Hinterland das Massenmorden begonnen hat, da sich gerade die Zentren der menschlichen Kultur in schaurigste Brutstätten der Bestialität verwandeln, jetzt hoffen wir wenigstens, bei euch allen ein offenes Ohr für die Wahrheit zu finden, die endlich, von den Massen erfasst, über allen Kriegstaumel triumphieren und die Schuldigen zerschmettern muß!“

Der Aufruf wendet sich dann ausdrücklich an die Nationalsozialisten, weiters an die Kommunisten, die sich nach dem Hitler-Stalin-Pakt von Moskau lossagen mußten. Schließlich heißt es: „Jeder Hochverrat, dessen man euch bezichtigt, ist Ehre und Pflicht gegenüber dem deutschen Volk, das von seinen Führern ins furchtbarste Unglück gestoßen worden ist.“ ■

# Hitler w

1. September 1939: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen und der Welt mit, daß“

Die Worte des „Führers“ waren eine faustdicke Lüge: Es konnte keine Rede davon sein, daß zurückgeschossen wurde. Schon seit Tagen war die „polnische Provokation“ vorbereitet worden – vom deutschen Sicherheitsdienst (SD), der sich dabei einer Gruppe auf strengste Geheimhaltung eingeschworener SS-Männer bediente. Sie wurde in polnische Uniformen gesteckt und überfielen in der Nacht zum 1. September den deutschen Sender Gleiwitz im oberschlesischen Grenzgebiet und zwei Zollstationen. Die Toten, die es dabei gab – zynisch „Konserven“ genannt – waren von der Gestapo zur Verfügung gestellte KZ-Häftlinge.

Der ganze Schwindel hätte schon eine knappe Woche früher inszeniert werden sollen, der Angriffsbefehl war für 25. August ausgegeben. Aber inzwischen war der Nazipolitik ein noch größeres Täuschungsmanöver gelungen. Am 20. August hatte sich Hitler persönlich an Josef Stalin gewandt, um die in Gang gekommenen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion voranzutreiben. Am 23. August unterschrieben in Moskau der deutsche Außenminister Ribbentrop und sein sowjetischer Kollege Molotow diesen „Teufelspakt“; England und Frankreich hatten Stalin nicht so viel bieten können wie Hitler, der mit jenem in einem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Polens und darüber hinaus ganz Osteuropas vereinbarte. Jene westlichen Politiker, die auf einen Zusammenstoß der beiden großen Diktaturen setzten, hatten sich – vorerst – verspekuliert.

Mit der Bekanntgabe des Paktes ver-

suchte Hitler, sein Ziel ohne das Risiko eines Zweifrontenkrieges – England hatte mit Polen einen Beistandspakt geschlossen – zu erreichen. Aber zum Krieg war er längst entschlossen, er wollte seinen Rüstungsvorsprung ausnützen. Die Beschwörungen aus London und Paris, eine friedliche Lösung zu suchen, gingen ins Leere. Hitler stellte Polen unannehmbare Bedingungen. Die polnischen Obersten, die das Land regierten, lehnte in der Überzeugung ab, daß Deutschland einen sofort einsetzenden Zweifrontenkrieg nicht gewinnen könnte.

Als Polen die Generalmobilmachung anordnete, riskierte der Vabanquespieler Hitler den Krieg. Die Freistadt Danzig wurde am 1. September mit Artilleriegeschütz „heim ins Reich“ geholt, und die Wehrmacht begann zu marschieren. England und Frankreich erklärten daraufhin den Krieg, versäumten aber, Polen durch einen energischen Angriff am Rhein zu entlasten. Die polnische Armee konnte dem Angriff der deutschen Panzer und den gnadenlosen Bombardements der Stukas – in Warschau wurden ganze Wohnviertel „ausradiert“ – wenig entgegenhalten. Am 17. September rückten auch Verbände der Roten Armee in Ostpolen ein. Am 2. Oktober war der letzte polnische Widerstand zusammengebrochen.

Der triumphierende Hitler versuchte ein neues Täuschungsmanöver. Sein Vorschlag einer sofortigen Friedenskonferenz wurde nicht nur von seinem italienischen Freund Mussolini, sondern auch von Stalin unterstützt. Dessen Außenminister Molotow sprach gar von der „mit Blut besiegelten“ deutsch-sowjetischen Freundschaft.

# ollte den Krieg

ossen“: Mit diesen Worten teilte Adolf Hitler dem hastig einberufenen Reichstag, über Radio auch seinem Volk  
er sich zu dem entschlossen hatte, was er seit langem vorbereitete: zum Krieg.

Und die disziplinierten kommunistischen Parteien des Westens mußten umschalten: In Frankreich wurde die KP, die bei den ohnedies kriegsunwilligen Soldaten mit Parolen gegen den „imperialistischen Krieg“ agitierte, verboten. Zur gleichen Zeit übergab die Sowjetunion in der neuen Grenzstadt Brest-Litowsk unliebsam gewordene deutsche und österreichische Kommunisten und Sozialisten an die Gestapo...

Von der Wiederherstellung eines polnischen Staates, und sei er auch nur als deutscher Satellit, war keine Rede mehr. Zunächst wurde Polen, soweit es diesseits der Demarkationslinie zur Sowjetunion lag, zweigeteilt: die Reichsgrenze wurde, weit über die Grenzen des früheren deutschen Kaiserreichs hinaus, nach Osten vorgeschoben, aus den neuen „Reichsgauen“ Danzig-Westpreußen und Wartheland wurde die polnische Bevölkerung systematisch vertrieben. Der Rest wurde als sogenanntes Generalgouvernement faktisch eine deutsche Kolonie. Schon in diesen Tagen begann der furchtbare Leidensweg der 3,3 Millionen polnischen Juden. Tausende wurden ermordet, die übrigen in Ghettos zusammengepfercht. Hunger und Seu-

chen hielten dort reichliche Ernte. Die Polen sollten auf dem Stand eines Sklavenvolks gehalten werden: Gymnasien und Hochschulen wurden geschlossen, Intellektuelle, viele Geistliche und politisch Verdächtige wanderten in die Konzentrationslager, für alle Polen über 14 wurde die Arbeitspflicht eingeführt, viele Zehntausende wurden zur Zwangsarbeit ins Reich deportiert.

Hitler hatte die Pforten der Hölle geöffnet. Im Jahr darauf, nach der Eroberung Frankreichs, trotzte nur noch England, scheinbar auf aussichtslosem Posten, dem deutschen Diktator. Doch das Durchhalten des neuen britischen Premiers Winston Churchill, der überzeugt davon war, daß die Wende kommen würde, wurde schließlich belohnt. Die Menschheit aber bezahlte den Weltherrschaftswahn der Nazis mit 55 Millionen Toten. ■

*Manfred Scheuch*

**Kurz vor seinem Tod (1990) schrieb Josef Hindels dieses wichtige „Zeitdokument“.**



## Den Weltkriegsopfern zum Gedenken

Am 31. August veranstalteten Wiener Bildung und Sozialdemokratische Freiheitskämpfer beim Denkmal gegen Krieg und Faschismus am Platz vor der Albertina eine Gedenkfeier für die Opfer des Zweiten Weltkrieges, den Hitler am 1. September 1939 begonnen hat. Nach einer Begrüßung durch Bundesrat Michael Ludwig erinnerte Bundesvorsitzender Alfred Ströer an die Kriegsvorbereitungen Hitlers und

an die Leiden jener Kämpfer, die schon lange zuvor vergebens gemahnt hatten, daß Hitler Krieg bedeuten würde. Der Wiener Klubobmann Johann Hatzl sagte, alle, die in den Schlachten starben, seien keine „Vaterlandsverteidiger“ gewesen, sondern letztlich ebenso Opfer des faschistischen Wahns. Auch in der Gegenwart sollte gelten, daß Krieg das ungeeignetste Mittel sei, um politische Probleme zu lösen. ■



**Das war Julius Weiss**

Am 29. Oktober 1939 ist Julius Weiss im KZ Buchenwald umgekommen. Der 1918 zum Obmann der Gewerkschaft der Chemiarbeiter gewählte Weiss wurde im Februar 1934 verhaftet, erst nach einigen Monaten wieder freigelassen und betätigte sich in der Folge in der illegalen Gewerkschaftsbewegung. Am 19. Oktober 1938 wurde er gemeinsam mit Robert Pipelka und Edmund Reismann von der Gestapo verhaftet. Im KZ Buchenwald, Arbeitskommando Strumpfstopferie, widersetzte er sich Erpressungen des Kapos, der von ihm Geld und Wertgegenstände wollte, und wurde von diesem und dessen Helfern ermordet. Die Aschenuhle wurde im Friedhof Meidling (Urnenhain Gruppe 6/Grab 9) beigesetzt. ■

# Gedenken in Melk

Achtzig Teilnehmer der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer aus Sankt Pölten besuchten im Juni die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Melk – eines Außenlagers des KZ Mauthausen – und konnten sich hier einmal mehr von der Barbarei des Naziregimes überzeugen.

Infolge der von den USA 1943/44 erungenen Luftherrschaft waren die NS-Machthaber darangegangen, ihre Kriegsrüstung unterirdisch einzurichten. In einem Schreiben Hermann Görings an die SS-Führung heißt es dazu: „Ich bitte Sie, mir für die Luftwaffenrüstung noch eine möglichst große Anzahl von KZ-Sträflingen zur Verfügung zu stellen,

da die bisherige Erfahrung diese Arbeitskräfte als sehr brauchbar herausgestellt hat.“ In Melk wurden Stollenanlagen errichtet. Hier mußten die nur notdürftig ernährten Häftlinge unter ständiger Aufsicht ihre Zwangsarbeit verrichten. Wer nicht mehr arbeiten konnte, wer an Erschöpfung litt, wurde von den Wachen auf grausamste Weise ermordet. Nach einer Statistik

der SS gab es insgesamt 4801 Tote verschiedenster Nationalitäten. Hauptsächlich waren Polen, Ungarn, Franzosen, Sowjetbürger, Italiener und Jugoslawen unter den Opfern. Aber auch 150 Deutsche und Österreicher fanden im Lager Melk den Tod. Das Krematorium ist als Gedenkraum erhalten geblieben. „Niemand wieder darf es zu einer Diktatur, in welcher Form und Farbe auch immer, kommen“, mahnte Landtagsabgeordneter a.D. Karl Gruber, der

Landesvorsitzende der Niederösterreichischen Freiheitskämpfer, in einer Ansprache vor dem Gedenkraum.



**Die Delegation im Gedenkraum**

Vor dem Denkmal in Erlauf wurden die Erinnerungen an das Kriegsende für viele Genossinnen und Genossen wieder aufgefrischt. Hier reichten Soldaten der USA und der Sowjetunion einander die Hände und besiegelten symbolisch den Frieden. Erst der militärische Sieg der Alliierten über den Hitlerfaschismus hat in Österreich die Entwicklung zur Demokratie und den Wiederaufbau möglich gemacht.

*Karl Gruber*

**Wir gratulieren:**

**Zum 97. Geburtstag:** Walter Hofstätter, Mauthausen; Julie Prachinger, St.Pölten. **96. Geburtstag:** Wilhelm Drechsler, Maria Zimmerl, Wien. **95. Geburtstag:** Anna Mannsberger, Judenburg; Fritz Bittner, Maria Bübl, Christine Rois, Wien. **94. Geburtstag:** Karoline Schmied, Bruck/Mur. **93. Geburtstag:** Franziska Music, Linz; Rupert Daler, Rosenau; Alois Prinz, Franz Thenner, Wien. **92. Geburtstag:** Ludwig Krainz, Bruck/Mur; Rosa Hiesinger, Wien. **91. Geburtstag:** Heinrich Helml, Attang-Puchheim; Rupert Bock, Golling/Erlauf; Anna Wiplinger, Salzburg; Ernst Gartlgruber, Rosa Pongratz, Franz Prasser, Josef Reisinger, Anton Rostocil, Franz Schüller, Franz Wrba, alle Wien. **90. Geburtstag:** August Jaritz, Kapfenberg; Alois Aichberger, Neunkirchen; Margarethe Edletzberger, Völkermarkt; Maria Grasgruber, Herta Panesch, Christine Sachs, Franz Schwarz, Wien. **85. Geburtstag:** Georg Vlach, Ampflwang; August Pinter, Gratkorn; August Sussmann, Graz; Konrad Wurm, Innsbruck; Karl Eckel, Hertha Fried, Rudolf Kasper, Klothilde Planawa, Wilhelm Spitzer, Maria Tomsik, alle Wien. **80. Geburtstag:** Rosa Helm, Enns; Gertrude Scholz, Graz; Hubert Sieger, Großpetersdorf; Franz Gaissbacher, Kapfenberg; Olga Niederleitner, Maria Sika, Linz; Hofrat Dr. Franz Danimann, Franziska Gruber, Franz Heidmeier, Ernst Konrad, Thea Laufner, Karl Leidenfrost, Emma Sassik, Franz Stadlmayr, Friederike Winter, Heinrich Zabinsky, alle Wien. **75. Geburtstag:** Wilhelmine Kracher, Eisenstadt; Juliane Fischer, Guntramsdorf; Labg. Franz Zellnig, Obdach; Hildegard Gruber, Salzburg; Margarete Janecek, Wiener Neustadt; Gertrude Bartos, Otmar Emerling, Prof. Kurt Prokop, Leo Schmidt, Leopoldine Seidel, Herta Watzinger, Trude Wöginger, alle Wien; Wilhelm Kronewitter, Zell am See.

## Zwei Siebziger

Der Vorsitzende des Landesverbandes Wien, Nationalratsabgeordneter a.D. Ing. Ernst Nedwed, und der langjährige Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ und jetzige Redakteur unserer Zeitschrift Dr. Manfred Scheuch feierten im Rahmen eines Tucholsky-Abends der Wiener SPÖ-Bildung ihren 70. Geburtstag. Nach einer Einleitung der Veranstaltung durch den Bil-

dungssekretär Bundesrat Dr. Michael Ludwig würdigten der Vorsitzende der Gesellschaft für Medienpolitik Bundesrat Albrecht Konecny, der Vorsitzende des Wiener Bildungsausschusses Gemeinderat Ernst Woller und der Bundesvorsitzende der Sozialistischen Freiheitskämpfer, Nationalratsabgeordneter a.D. Alfred Ströer das langjährige Wirken der beiden Aktivisten. ■



**Ströer gratuliert Scheuch und Nedwed zum 70er**



An der Gedenkstätte des 20. Juli 1944 in Berlin

## Parteischüler in Berlin

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 25. Lehrgangs der Wiener Parteischule besuchten bei ihrer Abschlußreise nach Berlin die Gedenkstätte des deutschen Widerstandes in der Stauffenbergstraße 13, dem ehemaligen Oberkommando des Heeres und Ort des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944. Seit 1953 ist der Ehrenhof ein Ort der Erinnerung an den Widerstand gegen das NS-Regime. Die ständige Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ dokumentiert seit 1989 mit über 5.000 Fotos und Dokumenten in 26 Bereichen die gesamte soziale Breite und Vielfalt des Kampfes gegen

die Hitler-Diktatur. Die 1947 von Karl Czernetz gegründete Wiener Parteischule widmet sich der Ideengeschichte der Arbeiterbewegung, den aktuellen politischen Problemen und den programmatischen Vorstellungen der SPÖ. Ein besonderer Themenschwerpunkt ist der antifaschistische Arbeit gewidmet. Interessenten für diese intensivste Ausbildung für ehrenamtliche Funktionäre der SPÖ Wien können sich im Wiener Bildungssekretariat (Bundesrat Dr. Michael Ludwig, Tel. 53427/288) informieren. Anmelde-schluß für den 26. Lehrgang ist im November 1999. ■

## Für ein Mahnmal in Rechnitz

In den letzten Kriegsmonaten 1945 forderte der Bau des sogenannten Südostwalls diesseits und jenseits der burgenländischen Grenze an die 13.000 Opfer, vor allem unter den jüdischen Zwangsarbeitern. So wurden allein in Rechnitz wahrscheinlich 180 ungarische Juden ermordet und an Ort und Stelle verscharrt. Heute verweist nur ein Gedenkstein vor dem Kreuzstadl auf diese Opfer. Seit 1991 setzt sich die Flüchtlings- und Gedenkinitiative „REFUGIUS“ unter ihren Vorsitzenden Paul Gulda und Christine Teuschler dafür ein, hier ein Mahnmal des Landes zu errichten.

Zudem schlagen sie vor, daß die betroffenen Gemeinden entlang des ehemaligen Südostwalls als sichtbares Zeichen Bäume setzen sollten. Paul Gulda und Patricia Kopatschinskaja gaben kürzlich in der katholischen Kirche von Rechnitz ein Benefizkonzert für das Mahnmal. Kulturlandesrat Helmut Bieler steht dem Projekt positiv gegenüber. Allerdings ist der Rechnitzer Bürgermeister Josef Saly von dem Vorhaben des Baus einer Gedenkstätte noch nicht überzeugt. Die „Initiative für eine sozialistische Politik in der SPÖ“ hat ihn in einem Brief zum Umdenken aufgefordert. ■

## Begegnung mit US-Schülern

Von Mitte Juni bis Ende Juli kamen insgesamt 34 Gruppen von Mittelschülern aus den Vereinigten Staaten im Rahmen der (von Eisenhower gegründeten) Organisation „People to People“ zu einem Besuch nach Österreich. Man besichtigte die Sehenswürdigkeiten und war – mit Erfolg – um Kontakte mit der Bevölkerung bemüht. Im Rahmen des Besuchs des Jüdischen Museums fanden auch Begegnungen mit Zeitzeugen statt. Unter anderen berichteten Franz Danimann, Rudolf Gelbard, Rudolf Sarközi, Max Schneider und Karl Stoika, wie sie die historisch schreckliche Phase, als Österreich von der Landkarte verschwunden war, erlebt und mit Glück überlebt haben. Nach einer Pause der Betroffenheit kam es zu interessanten Gesprächen. Dabei zeigte sich, daß die Schüler offensichtlich sehr gründlich im Geschichtsunterricht auf dieses schwierige Thema vorbereitet worden waren, wofür den Lehrkräften, die sich an den Diskussionen beteiligten, besonderer Dank gebührt.

Unter den zahlreichen Fragen waren natürlich auch jene nach der Vorgeschichte und den Ursachen dieser Ereignisse. Das bot die Gelegenheit, auch die Rolle des Austrofaschismus,

die Entwicklung der Hitler-Bewegung, den Deutschnationalismus, die demagogische Ausnutzung der Massenarbeitslosigkeit, den Rassismus, die systematische Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts zu behandeln. Weiter gefragte Themen: Wie hat sich die Bevölkerung verhalten? Wie haben Sie überlebt? Was geschah mit den Tätern? Hatten Sie Rachegefühle nach 1945? Und natürlich auch die „Auschwitz-Lüge“.

Einen direkten und persönlichen Eindruck erhielten die Teilnehmer durch den Besuch der Gedenkstätte Mauthausen. Dabei wurde auch daran erinnert, daß es US-Soldaten waren, die am 5. Mai 1945 die Überlebenden des Konzentrationslagers befreiten, und daß der 5. Mai jetzt nationaler Gedenktag in Österreich ist. Sinn der Gespräche war es, nicht nur über die schlimme Vergangenheit zu informieren, sondern auch darüber zu sprechen, was daraus für Gegenwart und Zukunft zu lernen ist. Für die Organisation der oft sehr berührenden Gespräche gebührt Hannah Halsch und der Dolmetscherin Dilys Lehmann besonderer Dank. ■

Franz Danimann

## Ilja Plotizin darf bleiben

Der „Standard“ machte kürzlich auf den Fall des Studenten Ilja Plotizin aufmerksam, dem von der Fremdenpolizei mitgeteilt wurde, daß er wegen unerlaubten Aufenthalts im Bundesgebiet (sein Visum war abgelaufen) mit seiner Abschiebung zu rechnen habe. Allerdings war dies kein alltäglicher Fall. Der 30jährige Ilja Plotizin ist nämlich Sohn einer Österreicherin und Enkel von Paul Iranyi, der 1934 am bewaffneten Widerstand gegen den Austrofaschismus beteiligt war und in die Sowjetunion flüchtete. Unter Stalin war er zeitweise als „österreichischer Spion“ im Gefängnis. Ihre Staatsbürgerschaft haben sowohl die Großeltern als auch deren Toch-

ter im russischen Exil behalten, Plotizins Mutter konnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nach Österreich zurückkehren. Eine Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes hat 1983 die Gleichbehandlung festgesetzt, wonach nicht nur Väter, sondern auch Mütter die österreichische Staatsbürgerschaft vererben können. Allerdings hätte Plotizin darum einreichen müssen. Bundesvorsitzender Alfred Ströer hat Innenminister Schlögl brieflich um eine Prüfung des Falls ersucht. In einem Antwortschreiben teilte der Minister mit, daß der Fall nach Prüfung der Sachlage nun geregelt ist und Ilja Plotizin in Österreich bleiben darf. ■

## Zwangsarbeit: Alle Opfer berücksichtigen!

Österreich wolle die Entwicklung in Deutschland abwarten, ehe eine Entscheidung über die Ansprüche der Zwangsarbeiter im Hitlerreich gefällt wird, sagte Nationalratspräsident Heinz Fischer im Gespräch mit dem „Kurier“. Fischer befindet sich in dieser Angelegenheit im Kontakt mit dem neuen Koordinator für Zwangsarbeiterfragen Otto Lambsdorff, der den früheren Staatssekretär Hombach in dieser Funktion abgelöst hat. Der Nationalratspräsident ließ keinen Zweifel darüber, daß eine deutsche Lösung auch für Österreich eine Entscheidung herbeiführen würde, doch wolle er deren Ergebnis nicht präjudizieren. Viele der Firmen, an die Forderungen gestellt werden, waren bis in die 90er-Jahre verstaatlicht, wie auch die zwei Großbanken. Privatisierte Unternehmen, wie etwa die seit 1998 im Besitz des Magna-Konzerns befindliche Steyr-Daimler-Puch AG, pochen auf die Verantwortung der Republik im Falle von Entschädigungsansprüchen. Zudem arbeitete der größte Teil der Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft; für die zahllosen bäuerlichen Betriebe müßte wohl ebenfalls der Staat ein-

springen. Zum Unterschied von der Schweiz, wo im Vergleich der Banken mit den jüdischen Organisationen die politischen Opfer unbeachtet geblieben sind, sollen diese in Österreich nicht übergangen werden; so wird die Bank Austria ausdrücklich alle Opfer des NS-Regimes aufrufen, mögliche Ansprüche zu melden. Allerdings wird die Bank-Austria-Vereinbarung vorerst noch vom Jüdischen Weltkongreß abgelehnt, doch Simon Wiesenthal soll vermitteln.

Vom KZ-Verband wird darauf verwiesen, daß nicht nur „Fremdarbeiter“, sondern auch deutsche und österreichische KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit in den Rüstungsbetrieben gezwungen wurden. Einige von ihnen haben unmittelbar nach der Befreiung an die betroffenen Firmen Anträge auf Entschädigung gestellt. Sie wurden mit dem Argument abgewiesen, man habe ohnedies an die KZ-Lagerverwaltungen „feste Tagessätze“ bezahlt. Tatsache ist aber, daß die Profite aus dieser Ausbeutung der Häftlinge sich in den Bilanzen der Unternehmen positiv zu Buche geschlagen haben. ■

## Gudenus-Frechheit

In der Bundesratsdebatte zur Novelle des NS-Opferfondsgesetzes zeigte der FPÖ-Bundesrat John Gudenus wieder einmal, wes Geistes Kind er ist. Er brachte einen Entschließungsantrag ein, in dem gefordert wurde, daß österreichische Kriegsgefangene einschließlich nach 1945 eingebürgerter Vertriebener, die zur Zwangsarbeit herangezogen worden waren, eine zeitadäquate Entschädigung bekommen sollten. Bundesrat Albrecht K. Konecny (SPÖ) sagte dazu, es sei moralisch unzulässig, diese Themen zu verquicken. „Diesen Entschließungsantrag mit einer Gesetzesnovelle koppeln zu

wollen, die für eine Opfergruppe bestimmt ist, gegenüber der die Menschen dieses Landes eine ganz besondere Verantwortung haben, ist inakzeptabel und muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.“ Zuvor hatte SPÖ-Bundesrätin Anna Elisabeth Haselbach betont, daß die Republik Österreich mit der Erweiterung der Nationalfonds-Bestimmungen dokumentiere, neben einer Entschuldigung auch die notwendigen Maßnahmen für eine umfassende Aufarbeitung des NS-Regimes in Österreich und der österreichischen Mitschuld zu setzen. „Weiter sagte Haselbach: „Die Nazi-

## Hitlers Rüstungssklaven

Der weltgrößte Konzern der frühen vierziger Jahre war zugleich das größte vorwiegend durch Sklavenarbeit in Gang gehaltene Unternehmen: die „Reichswerke Hermann Göring“, gegründet 1937 im Zuge des Vierjahresplans, der Deutschland für Hitlers Rüstung autark machen sollte. Nach dem „Anschluß“ wurde ihnen die Alpine Montan einverleibt und um das auf der grünen Wiese errichtete Hermann-Göring-Werk in Linz erweitert. Mit der Ausdehnung des Unternehmensbereichs auf die besetzten Gebiete beschäftigte die Holding 1942/44 rund 3 Millionen Arbeitskräfte, 1,85 Millionen davon waren Zwangsarbeiter. Deren in jüngster Zeit erhobenen Entschädigungsforderungen machen das Buch besonders aktuell. Der (erst kürzlich verstorbene) Autor August Meyer hatte durch führende Funktionen im nachkriegsdeutschen Nachfolgeunternehmen Salzgitter-AG Einblick in die Gründungs- und Entwicklungsgeschichte der Holding. 1936 hatte Hitler seinen Kumpan Göring zum Beauftragten des Vierjahresplanes und damit praktisch zum Diktator der Wirtschaft bestellt. Mit der Errichtung der „Reichswerke“ sollten die Eisenerzlager des Salzgittergebietes erschlossen werden. Die Stadt Salzgitter (früher ein Dorf) und ein Hüttenwerk, in dem bei Kriegsende zehn Hochöfen in Betrieb waren, wurden aus dem Boden gestampft. Die „Reichswerke“ nahmen eine Schlüsselrolle bei der Umlenkung der Investitionen auf die Rüstungsindustrie ein; fi-

nanziert durch eine schleichende Inflation war dies ein Wechsel auf die Zukunft, der nur durch Krieg eingelöst werden konnte.

Görings Werke hatten einen gewaltigen Bedarf an Arbeitskräften. Sie trugen dazu bei, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur verschwand, sondern bereits vor dem Krieg auch ausländische Arbeitskräfte mit Zeitverträgen angeheuert wurden. Ab Kriegsbeginn, mit zunehmender Rekrutierung der deutschen Männer für die Wehrmacht, wurden Zwangsarbeiter eingesetzt, zuerst Tschechen und Polen; aus Frankreich, Belgien und Holland kamen zunächst mehr oder weniger freiwillige Fremdarbeiter, ab 1941 folgten zwangsweise Serben und „Ostarbeiter“ – Kriegsgefangene und in den besetzten Gebieten ausgehobene Kontingente, schließlich von der SS „gelieferte“ Häftlinge aus den Konzentrationslagern. Diese Gruppen wurden gnadenloser Ausbeutung unterworfen gemäß Himmlers Programm „Vernichtung durch Arbeit“; wer nicht mehr arbeiten konnte, wurde an die Lager, meist in den sicheren Tod, zurückgegeben.

Die „Wirtschaftsführer“ der Holding wurden von den Alliierten weitgehend geschont. Lediglich der Konzernchef Paul Pleiger mußte für fünf Jahre ins Gefängnis; sein engster Berater Georg Strickrodt wurde bereits 1946 Minister in Niedersachsen.

M.S.

August Meyer, Hitlers Holding – Die Reichswerke „Hermann Göring“. Europa-Verlag, München 1999. ■

herrschaft brauchte an die 2.000 Erlasse und Gesetze, um Menschenrechte und Menschen zu vernichten. Wir setzen mit dem heutigen Beschluß Recht, reichen aber gleich-

zeitig jenen, denen unsägliches Leid zugefügt wurde, die Hand mit der Bitte um Vergebung und Versöhnung.“ ■

## „Mit dem Koffer in der Hand“

„Als junges Mädchen aus assimiliertem jüdischen Elternhaus in Wien erlebt Susanne Bock den „Anschluß“ Österreichs an Nazi-Deutschland im März 1938. Flucht über Italien nach England, die Trennung von Familien und Freunden, der Verlust von Sprache und Heimat – die tragischen Erfahrungen der Kriegszeit prägen ihre Geschichte.

Susanne Bock erzählt ein Flüchtlingsleben im Alltag des Krieges. Ihr Bericht gewährt einen Blick auf die Geschichte von unten – und dokumentiert gleichzeitig die wirtschaftliche und politische Entwicklung im Wien der 20er und 30er Jahre bis zur Zäsur im Jahr 1938.

Die Beschreibung des Existenz- und Überlebenskampfes einer mittellosen jungen Frau ohne Beruf und Erfahrung gewinnt Bedeutung als persönliches Zeugnis des historischen und politischen Zeitgeschehens der Jahre 1920 bis 1946.“ Dieses von Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz vorgestellte Buch ist für uns Sozialdemokratische Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus von großer Bedeutung. Susanne Bock kommt aus dem Kreis der sozialistischen Jugendbewegung der Ersten Republik und hat in der Zeit der NS-Verfolgung und des Exils viele private und

politische Schwierigkeiten überwinden müssen. Nach der endgültigen Niederlage des Nazifaschismus war es ihr sehnlichster Wunsch, wieder in ihre Heimat nach Wien zu ihren Freunden und zu ihren Liebsten aus der Jugendzeit zu kommen. Das ist ihr endlich 1946 gelungen.

Noch eines bringt dieses Buch zum Ausdruck: Im Gegensatz zur gängigen Meinung, daß es den von den Nazis zur Emigration gezwungenen Juden im Ausland hervorragend gegangen ist, berichtet Susanne Bock von den großen Problemen der Vertriebenen, vom Bombenterror, der von den Nazis begonnen wurde, und von der individuellen Notlage vieler Emigranten im bedrohten England.

Susanne Bock lebt in Wien. Sie arbeitete unter anderem als Krankenschwester, als Lektorin bei der Britischen Nachrichtenagentur in Wien und als Geschäftsführerin eines Fliesenlegerbetriebes. 1993 promovierte sie in Angewandter Linguistik und Anglistik an der Universität Wien.

E.N.

Susanne Bock, Mit dem Koffer in der Hand. Leben und Wirren in der Zeit 1920–1946. Verlag Passagen-Zeitgeschehen. ■

**SPÖ** Der richtige Weg für Österreich.

# Aktive Neutralitätspolitik.

## Das Böse – nur neu gewandelt

Einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, an alle in den Konzentrationslagern Ermordeten, legte die Junge Generation in der SPÖ gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, am Appellplatz der Gedenkstätte Mauthausen nieder. In seiner Ansprache

stellte Ströer einmal mehr fest, wie wichtig es ist, die Erinnerung an die Greuelthaten und die unvorstellbare Grausamkeit des NS-Regimes aufrechtzuerhalten. Die Auseinandersetzung sei kein Selbstzweck, sondern diene dem Verhindern neuerlicher nationalsozialistischer Umtriebe.

Leider nicht immer ganz erfolgreich, wie JG-Bundesvorsitzender Michael Grossmann meinte – sonst würde die politische Landschaft in Österreich nicht so aussehen, wie sie ist. Damals waren es die Juden und „Asozialen“, heute seien es Ausländer und „Sozialschmarotzer“, gegen die gehetzt wird. Das Böse hat sich nur neu gewandelt. „Wir können weder verstehen noch können wir entschuldigen, was damals geschehen ist,“ sagte Grossmann. „Umsomehr muß es unser Bemühen sein, durch die Aufarbeitung der Geschichte, durch den Dialog der Generationen aus dem Vergangenen zu lernen.“ ■

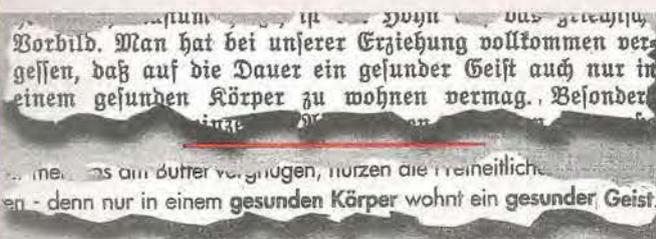


Die Delegation der JG mit Alfred Ströer im ehemaligen KZ Mauthausen

## Adolf Hitlers „nur“

In einem Inserat der FPÖ, welches die körperlichen Vorzüge der freiheitlichen Kärntner Regierungsrige pries, stand folgende Behauptung: „Nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist“. Auf den ersten Blick eine Übersetzung des lateinischen Wortes: „Mens sana in corpore sano“ (wobei auch bei diesem der alte Juvenal unvollständig zitiert wird, heißt es doch im Original: „Ein gesunder Geist möge in einem gesunden Körper wohnen“). Aber die FPÖ-Werber haben sich nicht mit der üblichen Übersetzung begnügt, in der das ausschließende „nur“ fehlt. Recherchen der „Kärntner Tageszei-

tung“ haben ergeben, daß dieses „nur“ bisher nur von einem Autor hinzugefügt wurde, und das gleich an zwei Stellen in seinem Buch „Mein Kampf“. Bei den anderen Parteien löste die Formulierung Bestürzung und Protest aus. Man nannte sie einen „Schlag ins Gesicht aller behinderten Menschen“ und von einer zutiefst menschenverachtenden Ideologie getragen. Der Gesundheitssprecher der Kärntner Volkspartei sagte: „Ich erinnere an den Physiker Stephen Hawking, dessen Geist wohl allen FP-Geistern um Lichtjahre voraus ist, und das trotz seiner schweren Behinderung.“ ■



Oben: Zitat aus „Mein Kampf“, darunter FPÖ -Inserat

## Küssel vorzeitig entlassen

Der wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilte Neonaziführer Gottfried Küssel wurde jüngst vorzeitig – dreieinhalb Jahre vor Abbüßung seiner Strafe – überraschend aus der Haft entlassen. Das Oberlandesgericht Wien begründete dies damit, derzeit bestehe keine vermehrte Gefahr, daß dadurch seine früheren Anhänger zu vergleichbaren Straftaten ermutigt würden. Die Oberstaatsanwaltschaft und das Justizministerium

hätten Küssel lieber zur Abschreckung die volle Zeit in Haft gehalten. Die Staatspolizei registriert nämlich derzeit mit Besorgnis eine Reorganisation der rechtsextremen Szene. Ihre Aktivisten warten auf eine „Führerfigur“ wie es Küssel war. Dieser wird sich vorerst wohl hüten, in engen Kontakt mit den „alten Kameraden“ (von denen leider einige sehr jung sind) zu treten, doch wird die Polizei gut daran tun, ihn im Auge zu behalten. ■

### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258, e-mail-Adresse: kaempfer@spoe.or.at.  
**Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon 524 70 86-0. **Zulassungsnummer:** WoGZ58U  
**Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt.



Schutzbündler bei der Maifeier in Moskau

## Österreicher im Sowjet-Exil

Die Aufarbeitung der Schicksale der Österreicher, die zunächst oft als Facharbeiter, 1934 als politische Flüchtlinge in die Sowjetunion gingen, wurde mit Öffnung der sowjetischen Archive durch neue Fakten bereichert. Der unvergessene sozialdemokratische Historiker Karl R. Stadler hatte mit seinem Pionierwerk über die Schutzbundmigration, „Opfer verlorener Zeiten“ (1974), solche Unterlagen noch nicht zur Verfügung. Seine Arbeit wurde in den letzten Jahren von den Historikern Barry McLoughlin und Hans Schafranek fortgeführt. Nach dem 1997 erschienenen Buch „Aufbruch-Hoffnung-Endstation – Die Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945“ legten sie in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes eine umfangreiche Dokumentation, „Österreicher im Exil Sowjetunion 1934-1945“ vor. Anhand zahlreicher Quellenzitate erstreckt das Bild eines Schicksalsweges, der nach der zunächst enthusiastischen Aufnahme insbeson-

dere der Februarkämpfer über die Integration in den eher tristen sowjetischen Alltag bis zu den stalinistischen Säuberungsaktionen führt. Dabei sind bisher etwa 600 Verhaftungsfälle offenkundig geworden; mindestens 200 kamen in den Gulags um oder wurden ermordet. Eine politische Tragödie besonderer Art war die Auslieferung von etwa 350 deutschen und österreichischen Altkommunisten und Sozialisten durch die Sowjetbehörden an die Gestapo. Die Dokumentation gibt, nach Themen gegliedert, Auskunft über die Schutzbundmigration, über Österreicher in Kinderheimen, über die Kaderschulung, die innerparteiliche Ausgrenzung und staatliche Verfolgung und den Einsatz von Exilanten in der Militärpolitik und Propaganda nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion.

M.S.

Barry McLoughlin/Hans Schafranek, Österreicher im Exil Sowjetunion 1934-1945. Deuticke Verlag, Wien 1999. ■

FRAU

DUR: 0904783

THEKLA SCHWANTNER  
 DARINGERG. 14/25/6  
 1190 WIEN